



# Wirtschaft Aktuell

## Institute korrigieren Prognosen – BIP-Rückgang für 2023 erwartet

Das schwache Winterhalbjahr 2022/23 veranlasste die Institute, ihre Prognosen für 2023 nach unten zu korrigieren. Alle Institute erwarten jetzt einen leichten Rückgang der Wirtschaftsleistung. Für 2024 wird aber wieder ein Wachstum von bis zu 2,0 Prozent prognostiziert. Ursache der schwachen Entwicklung ist der rückläufige Konsum, sowohl der privaten Haushalte als auch der öffentlichen Hand. Die Inflationsrate sinkt, ist aber mit etwa sechs Prozent immer noch recht hoch. Die Realeinkommen werden auch in diesem Jahr niedriger ausfallen. Die steigenden Zinssätze belasten die Staatsausgaben, private Investitionen und die Käufe langlebiger Konsumgüter. Eine Gewinn-Preis-Spirale kann mit steigenden Zinssätzen aber nur um den Preis einer Rezession bekämpft werden.

**In diesen von Krieg, Sanktionen, Lieferkettenproblemen und hohen Inflationsraten geprägten Zeiten ist die Unsicherheit groß.** Dementsprechend schwierig ist eine solide Projektion der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung. In ihren Winterprognosen vom Dezember 2022 gingen die Institute für das Jahr 2023 von einem BIP-Wachstum zwischen minus 0,3 Prozent bis zu plus 0,3 Prozent aus. Im Frühjahr (Prognosen vom März) waren die Einschätzungen deutlich optimistischer. Nur noch das ifo-Institut erwartete mit minus 0,1 Prozent einen minimalen Rückgang der Wirtschaftsleistung. Die anderen Institute prognostizierten ein Wachstum von bis zu 0,5 Prozent (IfW).

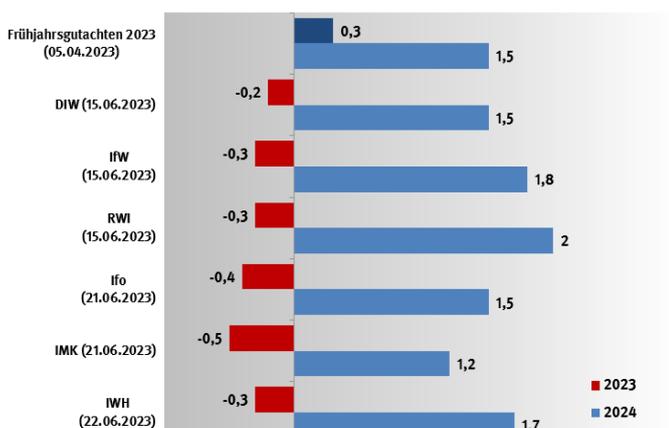
Weil die Wirtschaftsleistung sowohl im vierten Quartal 2022 (minus 0,5 Prozent) als auch überraschenderweise im ersten Quartal 2023 (minus 0,3 Prozent) geschrumpft war, **fallen die aktuellen Sommerprognosen vom Juni wieder deutlich pessimistischer aus.** Keines der Institute rechnet mehr mit einem Wachstum für das Jahr 2023. Die Bandbreite der Prognosen reicht von minus 0,2 bis zu minus 0,5 Prozent. Stabil sind aber die Erwartungen für 2024. Alle Institute rechnen mit einer deut-

lichen wirtschaftlichen Belebung; in der Spitze mit einem Wachstum von zwei Prozent (Prognose RWI). Selbst die pessimistischste Prognose des IMK geht noch von einer Zunahme des BIP um 1,2 Prozent aus.

**Ursache für die schwache wirtschaftliche Entwicklung in diesem Jahr sind die stark zurückgehenden Konsumausgaben,** und zwar sowohl die öffentlichen als auch die privaten. Die starken Kaufkraftverluste durch die immer noch recht hohe Inflationsrate und weiter sinkende Reallöhne führen zu negativen Wachstumseffekten des privaten Konsums. Sie reichen in den Prognosen von minus 0,6 Prozentpunkten (DIW) bis zu minus 0,9 Prozentpunkten (IMK, ifo).

**Aber auch der Staat steht mit seinen Ausgaben auf der Bremse.** Die Institute sehen hier vor allem wegfallende Maßnahmen aus der Pandemiebekämpfung, wie kostenlose Tests oder Impfungen. Im Ergebnis führt das zu erheblichen negativen Effekten auf die Konjunktur. Die Wachstumsbeiträge werden mit minus 0,6 Prozentpunkten (DIW) bis zu minus einem Prozentpunkt (IWH) prognostiziert.

**Institutsprognosen für Deutschland 2023 und 2024**  
Veränderung des Bruttoinlandsprodukts (real) gegenüber Vorjahr in Prozent 2022: + 1,8 Prozent\*



Quelle: Prognosen der Institute, \*Destatis

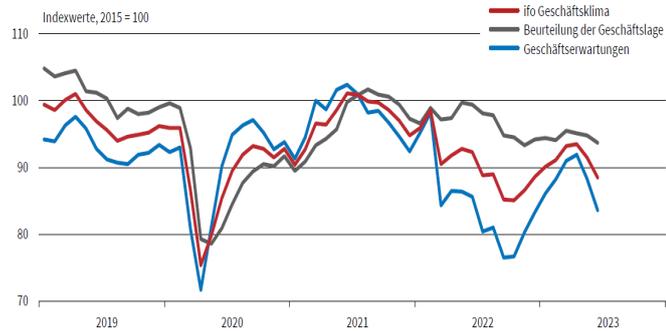
Grafik: IG Metall, Koordination Branchenpolitik

Zusätzlich belastet wird die wirtschaftliche Entwicklung durch die Baukonjunktur, die nahezu im freien Fall ist. **Die hohen Zinsen, stark gestiegene Kosten für Baumaterialien und fehlende Handwerker\*Innen haben die Bauinvestitionen stark einbrechen lassen.** Die negativen Wachstumseffekte liegen zwischen minus 0,2 (DIW) und minus 0,4 (IWH) Prozentpunkten. Auch für 2024 wird noch keine Erholung am Bau erwartet. Diese negativen Effekte können durch die steigenden Ausrüstungsinvestitionen, die zunehmenden Vorräte und einen positiven Außenbeitrag nicht ausgeglichen werden.

Die große Unsicherheit über die Konjunkturentwicklung zeigt sich auch beim **ifo-Geschäftsklimaindex**. Vor allem die Geschäftserwartungen sind nach einem starken Anstieg seit Oktober 2022 im Mai und Juni 2023 wieder kräftig zurückgegangen.



ifo Geschäftsklima Deutschland\*  
Saisonbereinigt



\*Verarbeitendes Gewerbe, Dienstleistungssektor, Handel und Bauhauptgewerbe.  
Quelle: ifo Konjunkturumfragen, Juni 2023.

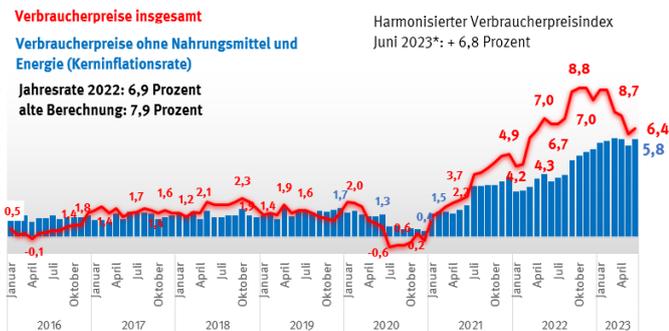
© ifo Institut

Seit einigen Monaten sinkt in Deutschland die Inflationsrate. Allerdings ist sie mit 6,4 Prozent im Juni nach wie vor sehr hoch und legte gegenüber der Mai-Rate von 6,1 Prozent wieder leicht zu. Dabei waren es erneut die Nahrungsmittelpreise, die maßgeblich den Preisanstieg der Verbraucherpreise trieben. Sie stiegen gegenüber Juni 2022 um 13,7 Prozent. Im Vergleich dazu fiel der Preisanstieg für Energie (Haushaltsenergie und Kraftstoffe) mit plus 3,0 Prozent moderat aus. Der relativ schwache Energiepreisanstieg erklärt sich zum einen aus dem Basiseffekt, denn bereits vor einem Jahr waren nach Ausbruch des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine die Energiepreise gestiegen. Zum anderen bremsen auch die Maßnahmen der Bundesregierung aus dem Entlastungspaket die Energiepreisdynamik. Preistreibend wirkte ein weiterer Basiseffekt: Das vor einem Jahr eingeführte, preissenkende Neun-Euro-Ticket, das nur für die Monate Juni bis August 2022 galt.

Auch die ohne Energie- und Nahrungsmittelpreise ermittelte Kerninflationsrate übertraf nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamts den niedrigeren Mai-Wert (5,4 Prozent) und stieg wieder auf den Rekordwert der Monate März und April von 5,8 Prozent. Die Kernrate könnte die Gesamtrate vorübergehend übersteigen, weil der Preisdruck auf die vorgelagerten Wertschöpfungsstufen noch anhält, während die Energiepreise in der zweiten Jahreshälfte im Vorjahresvergleich sinken werden.

### Verbraucherpreise

Veränderung zum Vorjahresmonat in Prozent, letzter Wert: Juni 2023\*

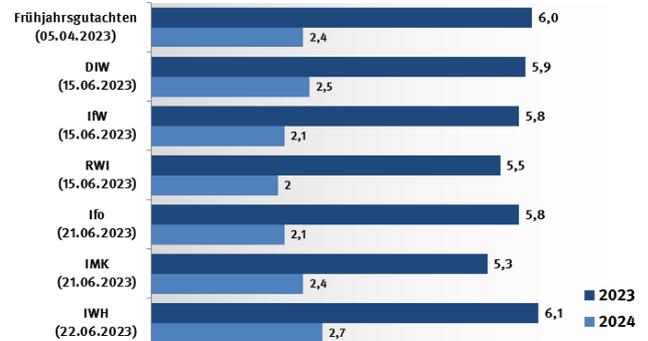


Quelle: Statistisches Bundesamt, \*vorläufig, ab 2021: Basisjahr 2020  
Grafik: IG Metall, Koordination Branchenpolitik

Die Sommerprognosen der Wirtschaftsforschungsinstitute entsprechen im Mittel etwa der Verbraucherpreisprognose des Frühjahrsgutachtens der Institute. Sie streuen zwischen den Werten 5,3 und 6,1 Prozent für das Jahr 2023. Sieht man von den niedrigen Werten des IMK und des RWI ab, so liegen sie knapp unter bzw. über sechs Prozent und bestätigen damit in etwa das Frühjahrsgutachten. Für 2024 erwarten sie Preiszuwächse zwischen 2,0 und 2,7 Prozent (Frühjahrsgutachten: 2,4 Prozent). Somit wird auch nächstes Jahr die Zielinflation der EZB in Höhe von 2,0 Prozent noch nicht wieder erreicht. Sowohl die Tarif- als auch die Effektiventgelte werden in diesem Jahr nicht den Anstieg der Verbraucherpreise ausgleichen können. Entsprechend der Berechnungen des IMK steigen 2023 die effektiven Stundenverdienste um 4,4 Prozent. Das ist deutlich niedriger als die erwartete Inflationsrate von 5,3 Prozent. Im Gesamtjahr 2024 dürften reale Zuwächse möglich werden.

Prognosen des Verbraucherpreisanstiegs 2023 und 2024  
Veränderung zum Vorjahr in Prozent

2021: + 3,1 Prozent\*  
2022: +6,9 Prozent\*



Quelle: Prognosen der Institute, \*Destatis, \*\* HVPI

Grafik: IG Metall, Koordination Branchenpolitik

Kritisch für die weitere Entwicklung sind und bleiben die Verbraucherpreise. Sie bestimmen im Zusammenspiel mit den nominalen Entgelten die Realeinkommensentwicklung und den Konsum. Darüber hinaus begründet die Europäische Zentralbank mit den hohen Inflationsraten ihre restriktive Geldpolitik. Die steigenden Zinssätze belasten die Staatsausgaben, private Investitionen sowie die Käufe langlebiger Konsumgüter und bremsen das Wachstum. So soll über die Nachfrageseite der Preisdruck reduziert werden. Angebotsseitige Einflüsse, die ebenfalls preistreibend wirken, können damit nicht beseitigt werden. Dazu gehören neben den Energiepreisschocks die Lieferengpässe von Vorprodukten, aber auch Preiserhöhungen der Unternehmen, um Margen und Gewinne zu sichern. Nach einer Studie der EZB überstieg in den Jahren 2019 bis 2022 das Wachstum die Gewinne je BIP-Einheit (die ‚Stückgewinne‘) den Zuwachs der Lohnstückkosten in vielen Mitgliedsländern des Euroraums deutlich, darunter auch in Deutschland (EZB Wirtschaftsbericht 4/2023). Der Anstieg der ‚Stückgewinne‘ trug demnach stärker zur inländischen Inflation bei als das Wachstum der Lohnstückkosten. Höhere Vorleistungskosten schmälerten folglich nicht die Gewinne. Vielmehr sicherte die Preissetzungsmacht der Unternehmen die Margen. Ein klarer Beleg für die Existenz einer Gewinn-Preis-Spirale. Gewinnansprüche treiben die Inflation. Die Preiserhöhungsspielräume sinken allerdings mit der steigenden Rezessionsgefahr.